

BIBS-Fraktion  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig  
0531/ 470-2180  
Fax 0531/ 470-2182  
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 08. November 2019

### **BIBS-Fraktion fordert Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Die BIBS-Fraktion fordert im Rahmen der Haushaltsberatungen die Abschaffung der so genannten „Straßenausbaubeitragssatzung“. In dieser Satzung wird der finanzielle Anteil von Anwohner\*innen bei Straßensanierungen geregelt.

Bis zu 75% der Kosten der kompletten Baumaßnahmen können Bürger\*innen in Braunschweig aufgebürdet werden: So sollten sich beispielsweise die Anwohner\*innen der Neunkirchener Straße mit 688.000 Euro von insgesamt 1,1 Mio. Euro an der Sanierung ihrer Straße beteiligen, deren Umbaunotwendigkeit von den Anwohner\*innen nicht gesehen wurde. Man war zufrieden mit dem Zustand der Straße, aber die Sanierung wurde gegen ihren Willen trotzdem durchgeführt.

„Begründet werden die Zahlungen auch damit, dass direkt anliegende Grundstücke durch eine frisch sanierte Straße eine Wertsteigerung erfahren würden“, erklärt BIBS-Fraktionsvorsitzender Peter Rosenbaum. „Selbst wenn das zuträfe, müssten auch die anderen von der Straße aus erreichbaren Grundstücke zur Kasse gebeten werden. Insofern ist eine solche Satzung auch schon aus Gleichbehandlungsgründen heraus kam aufrechtzuerhalten. Die Satzung muss daher abgeschafft werden.“

Braunschweig sollte dem guten Beispiel der Landeshauptstadt Hannover folgen, die Anfang des Jahres ihre Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft hat. Finanziert wird das durch eine Anhebung der Parkgebühren.

Bereits 2018 hat die BIBS-Fraktion auf eine Frage nach den Möglichkeiten einer Abschaffung der Satzung und ihrer alternativen Finanzierungsmöglichkeit von der Verwaltung die Auskunft erhalten, dass eine Abschaffung den städtischen Haushalt um rund 2,55 Mio. Euro belasten würde. Eine Umlegung auf die Grundsteuer sei angeblich „rechtlich nicht zulässig“, so die Verwaltung in ihrer Antwort vom 16.01.2018.

„Die Aussage verwundert schon, weil gerade Kiel genau dies getan hat“, so Peter Rosenbaum. „Aber egal: Zum Haushalt haben wir beantragt, die Parkgebühren zu erhöhen. So können wir dem Hannoveraner Vorbild folgen.“